

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom 25. April 2024 betreffend nationalen Aktionsplan für die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen

Durch die weltweite Covid-19-Pandemie verschlechterte sich die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Mädchen sind stärker belastet als Burschen. Zu diesem Ergebnis kam die WHO-HBC-Studie aus einer Erhebung in den Jahren 2021/2022. Psychische Gesundheit ist laut Definition der Weltgesundheitsorganisation ein Zustand des Wohlbefindens, in dem Personen ihre Fähigkeiten ausschöpfen, die normalen Lebensbelastungen bewältigen, produktiv arbeiten und einen Beitrag zu ihrer Gemeinschaft leisten können.

Häufige psychische Beschwerden der Kinder und Jugendlichen sind beispielsweise Gereiztheit, Zukunftssorgen und Angstgefühle. Die Studie zeigt, dass die Prävalenz der meisten Beschwerden bei den Schüler:innen mit höheren Schulstufen kontinuierlich steigt. Weiters ergibt sich aus der Studie, dass Schüler:innen aus der niedrigsten Wohlstandsgruppe die höchste Rate an psychischen Beschwerden vorweisen. Seit 2010 haben sich die Prävalenzen von häufigen psychischen Beschwerden bei Schüler:innen beinahe verdoppelt. Folglich benötigen Kinder und Jugendliche eine kassenfinanzierte, psychotherapeutische Versorgung. Laut dem Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie hat Österreich eine deutliche Unterversorgung im EU-weiten Vergleich. In Österreich befinden sich rund 1,23 Prozent der Bevölkerung in voll kassenfinanzierter Psychotherapie. Dies ist ein weiteres Indiz für die derzeitige Entwicklung hin zu einer Zweiklassenmedizin in Österreich. Weiters sehen einzelne Bundesländer auch gerade in der Kinder- und Jugendpsychiatrie erhebliche Probleme.

Auch Gesundheitsminister Rauch erkannte die alarmierenden Zahlen zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und fordert daher in einem aktuellen Interview einen nationalen Aktionsplan, der in das nächste Regierungsprogramm aufgenommen werden müsse. Die WHO-HBC-Studie wurde bereits vor über einem Jahr veröffentlicht. Die Österreichische Bundesregierung hätte somit schon längst einen nationalen Aktionsplan erstellen können. Somit ignoriert die Bundesregierung seit über einem Jahr das Problem und schaut tatenlos zu.

Im Gegensatz dazu investiert das Land Burgenland 250 Millionen Euro in den Ausbau des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder Eisenstadt. Damit reagiert die Burgenländische Landesregierung vorausschauend auf die steigenden Fallzahlen und stellt sich aktuellen und künftigen Herausforderungen. Mit der Investitionssumme wird unter anderem die Bettenkapazität der Psychiatrie erhöht, um die Akutversorgung für das gesamte Burgenland zu übernehmen und spezielle Behandlungsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene (16 – 24 Jahre)

bieten zu können. Zudem werden spezielle Behandlungsstrukturen im stationären Spitalsbereich für Kinder und Jugendliche mit psychosomatischen Symptomen implementiert, um veränderte Anforderungen der kindermedizinischen Versorgung abzudecken. Mit dem Aufbau des Angebots für Psychosomatische Behandlungen auf der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde wurde bereits begonnen. Weiters ist das Land Burgenland bemüht, den Ärztemangel zu bekämpfen. Das Burgenländische Ärztepaket beinhaltet neben dem neuen Gehaltsschema eine Reihe von möglichen Prämien sowie die Möglichkeit, zusätzliche Dienste zu versehen. Damit wird das Burgenland attraktiv für Ärzt:innen in den Spitälern und im niedergelassenen Bereich.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- 100 zusätzliche Kassenstellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie schaffen,
- Psychotherapie als Kassenleistung miteinbeziehen oder zumindest eine höhere Kostenübernahme durchsetzen und
- einen nationalen Aktionsplan für psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen.